

Deutschlandfunk vom 6. Januar 2023 06.01.2023

URL: <https://www.deutschlandfunk.de/zahl-der-kriegsdienstverweigerer-ist-deutlich-gestiegen-was-steckt-dahinter-100.html>

Bundeswehr: Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist deutlich gestiegen – was steckt dahinter?

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer hat sich 2022 fast verfünffacht. Es gingen nach Informationen des zuständigen Bundesamtes 951 Anträge ein, die Bundeswehr selbst hat bis Ende November sogar 1080 Anträge registriert. Wir haben die Antworten auf die wichtigsten Fragen zu dem Thema zusammengestellt.



Bundeswehrsoldaten im November 2022 bei einer Übung. (IMAGO / Sven Eckelkamp / IMAGO / Sven Eckelkamp)

Laufen der Bundeswehr die SoldatInnen weg?

Auf den ersten Blick sieht es so aus – bei genauerer Betrachtung der Zahlen aber nicht. Nach neuen Zahlen der Bundeswehr selbst stammt nämlich nur ein kleiner Teil der Anträge von aktiven Soldatinnen und Soldaten. Man habe bis Ende November vergangenen Jahres aus dieser Gruppe insgesamt 223 Anträge bekommen, sagte eine Sprecherin gegenüber dem Deutschlandfunk. Das ist zwar ein deutlicher Anstieg – 2021 wurden insgesamt nur 201 Anträge eingereicht – macht aber etwa nur ein Viertel der insgesamt von der Bundeswehr registrierten Anträge auf Kriegsdienstverweigerung aus. Der Großteil der Anträge stammt damit von Reservistinnen und bisher Ungedienten.

Wer kann überhaupt den Kriegsdienst verweigern?

In Deutschland wurde die allgemeine Wehrpflicht für Männer im Jahr 2011 ausgesetzt – seitdem werden junge Männer auch nicht mehr auf ihre Wehrtauglichkeit überprüft. Wer nicht gemustert wurde, kann zwar auch den Kriegsdienst verweigern – wird aber in der offiziellen Statistik nicht erfasst. In den offiziellen Zahlen tauchen daher nur drei Gruppen auf: Aktive Soldatinnen und Soldaten, Reservistinnen und Reservisten und die so genannten Ungedienten. Das sind Menschen, von denen ein – wie es im Behördendeutsch heißt – „unanfechtbarer Bescheid über die Tauglichkeit“ vorliegt, die aber nicht (mehr) zum Wehrdienst herangezogen wurden. Etwa 75 Prozent der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung stammen nach Angaben der Bundeswehr von Ungedienten und Reservisten.

Warum haben das zuständige Bundesamt und die Bundeswehr so unterschiedliche Zahlen?

Während das zuständige [Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben](#) von insgesamt 951 Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung im vergangenen Jahr spricht, sind die Zahlen der Bundeswehr noch deutlich höher. Dort hatte man schon bis Ende November vergangenen Jahres 1080 Anträge erfasst. Grund für die unterschiedlichen Zahlen ist die Verwaltungsbürokratie. Ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung muss – egal von wem er gestellt wird – bei den so genannten Karriere-Centern der Bundeswehr eingereicht werden; sie sind die Nachfolger der Kreiswehrrersatzämter. Von den Karriere-Centern werden die Anträge an das zuständige Bundesamt weitergereicht, das für die Entscheidung darüber zuständig ist. Daher kann es zu einem Zeitverzug und entsprechend anderen Zahlen kommen.

Der Antrag muss dabei – wie früher zu Zeiten der allgemeinen Wehrpflicht – aus einem Text bestehen, der plausibel begründen soll, warum jemand keinen Kriegsdienst leisten kann. Die Hürde dafür ist recht hoch: Von den vom Bundesamt registrierten 951 Anträgen im vergangenen Jahr wurden nur 208 im ersten Anlauf anerkannt.

Ist der Ukraine-Krieg der Grund für den starken Anstieg der Zahlen?

Es spricht einiges dafür, wenn es sich auch nicht eindeutig belegen lässt. Laut einer Bundeswehr-Sprecherin hat man im vergangenen März – kurz nach Beginn des Ukraine-Kriegs – eine deutlich gestiegene Zahl an Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung registriert. Nach Angaben der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden haben sich zudem im vergangenen Jahr vermehrt Menschen beraten lassen, die Angst davor haben, für einen Kriegseinsatz herangezogen zu werden. Der überwiegende Teil davon seien Reservisten oder Ungediente gewesen. Nach Angaben der Bundeswehr ist aber mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs auch das Interesse an der Bundeswehr als Arbeitgeber gestiegen.

Warum heißt es überhaupt Kriegsdienst?

Der Begriff ist durch das Grundgesetz vorgegeben. Dort ist (in [Artikel 4, Absatz 3](#)) festgehalten, dass niemand „gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden“ darf. Um dieses Grundrecht auszuüben, muss entsprechend ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt werden.

Weiterführende Informationen

In unserem [Newsblog](#) zum Krieg in der Ukraine und seinen Auswirkungen finden Sie einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen, den wir laufend aktualisieren.

Diese Nachricht wurde am 06.01.2023 im Programm Deutschlandfunk gesendet.

URL: <https://www.deutschlandfunk.de/zahl-der-kriegsdienstverweigerer-ist-deutlich-gestiegen-was-steckt-dahinter-100.html>